

Polen und Deutschland in der Mitte Europas

In diesem Jahr jährten sich zwei historische Ereignisse, die aus meiner Sicht eine Schlüsselrolle einnehmen. Retrospektiv kann man allerdings feststellen, dass die Chance auf eine kritische Analyse bzw. Auseinandersetzung – obschon sich jeder Jahrestag (wie bekannt) gut zur Bilanzierung und als Anlass zur Diskussion eignet – mit diesen nicht ganz genutzt wurde.

Der erste Jahrestag erinnerte an die historische Rede des großen europäischen Politikers, des ehemaligen britischen Premierministers, Winston Churchill in Zürich vor 70 Jahren.¹ In dieser Rede rief er zum Bau der „Vereinigten Staaten Europas“ auf. Der zweite Jahrestag betraf die Unterzeichnung des deutsch-polnischen Vertrages über gute Nachbarschaft und freundschaftliche Zusammenarbeit vor 25 Jahren.² Dieser Vertrag schloss das sogenannte Vertragswerk ab, dem der wichtige deutsch-polnische Vertrag über die endgültige Anerkennung der Grenze an der Oder und Neisse voranging, den Polen mit dem vereinigten Deutschland 1990 unterzeichnet hatte.

Der Grenzvertrag beendete den vier Jahrzehnte lang andauernden Streit über den endgültigen Verlauf der deutsch-polnischen Grenze an Oder und Neisse. Seine Unterzeichnung war – was betonenswert ist – die Bedingung für die (Wieder)-Vereinigung Deutschlands. Der Vertrag über gute Nachbarschaft regulierte die Hauptprobleme der gegenseitigen deutsch-polnischen Beziehungen, er schuf den Rahmen für die bilateralen Kontakte in der Zukunft. Deutschland wurde demnach

¹ Vgl. Winston Churchill, Europa-Rede in der Universität Zürich am 19. September 1946, in: http://www.europarl.europa.eu/brussels/website/media/Basis/Geschichte/bis1950/Pdf/Churchill_Rede_Zuerich.pdf (letzter Zugriff: 10.11.2016)

² Vgl. Dieter Bingen, 25 Jahre deutsch-polnische Partnerschaft. Politische Freundschaft auf Bewährung, in: "polen-analysen", Nr. 180, 19.04.2016; Krzysztof Ruchniewicz, Polnisch-deutsche historische Debatten, in: "polen-analysen", Nr. 181, 03.05.2016; Agnieszka Łada, Das Jubiläum des polnisch-deutschen Nachbarschaftsvertrags – was uns die Erfahrungen der vergangenen fünf Jahre lehren, in: "polen-analysen", Nr. 182, 17.05.2016; Reinhold Vetter, Wirtschaftliche Erfolgsgeschichte mit Schönheitsfehlern, in: "polen-analysen", Nr. 183, 07.06.2016;

zum Partner und Befürworter der Integration Polens mit dem Westen. Es deklarierte die Unterstützung bei den Bemühungen um den Beitritt seines östlichen Nachbarn zu den Europäischen Gemeinschaften / EU und NATO.

In meinen weiteren Ausführungen möchte ich auf diese beiden geschichtsträchtigen Jahrestage etwas näher eingehen und vor ihrem Hintergrund die aktuellen Vorstellungen der beiden Staaten, Polen und Deutschland, von Europa und den deutsch-polnischen Beziehungen skizzieren. Überdies werde ich den Weg der Polen, der Deutschen und vieler Millionen von Europäern, den sie 1945/46 und/oder 1989/1991 begonnen haben, ansprechen. Aus der Perspektive des Jahres 2016 ist es notwendig, auf diese Ausgangssituation hinzuweisen, um die Dilemmata, aber vor allem die Herausforderungen, vor denen Polen und Deutschland heute stehen, besser zu verstehen und nachvollziehen zu können.

Die Filmdokumentation über die Rede Winston Churchills in Zürich ist im Internet leicht zu finden.³ Der britische Staatsmann wurde von einer großen Menge von Menschen begrüßt. Er war ja auch schließlich eine große Persönlichkeit, einer der Führer der Anti-Hitler-Koalition, ein charismatischer und origineller Politiker. Obschon er damals kein politisches Amt mehr innehatte, wollte man ihn sehen und hören. Churchill selbst hat das Publikum nicht enttäuscht. Er hat eine Rede gehalten, die Geschichte machte. Es lohnt sich, einige charakteristische Passagen aus dieser wichtigen Rede zu zitieren, um die Startbedingungen, in denen sich der Alte Kontinent einige Monate nach dem Abschluss des 2. Weltkrieges befand, noch einmal in Erinnerung zu rufen.

"Und welches ist der Zustand, in den Europa gebracht worden ist? Zwar haben sich einige der kleineren Staaten gut erholt, aber in weiten Gebieten starren ungeheure Massen zitternder menschlicher Wesen gequält, hungrig, abgehärmt und verzweifelt auf die Ruinen ihrer Städte und Behausungen und suchen den düsteren Horizont angestrengt nach dem Auftauchen einer neuen Gefahr, einer neuen Tyrannei oder

³ Vgl. Churchills Europarede in Zürich (1946), in: <https://www.youtube.com/watch?v=5k5KuXTL8hc> (letzter Zugriff: 10.11.2016)

eines neuen Schreckens ab. Unter den Siegern herrscht ein babylonisches Stimmengewirr; unter den Besiegten das trotzige Schweigen der Verzweiflung.“⁴

Die Veränderung dieser Situation in Europa hat Churchill im Bau der europäischen Völkerfamilie gesehen.

"Wir müssen eine Art Vereinigte Staaten von Europa errichten. Nur auf diese Weise werden Hunderte von Millionen sich abmühender Menschen in die Lage versetzt, jene einfachen Freuden und Hoffnungen wiederzuerhalten, die das Leben lebenswert machen. Das Vorgehen ist einfach. Das einzige, was nötig ist, ist der Entschluss Hunderter von Millionen Männer und Frauen, recht statt unrecht zu tun und dafür Segen statt Fluch als Belohnung zu ernten.“⁵

Der britische Politiker rief weiter zur Bestrafung der Kriegsverbrecher auf. Die Deutschen sollten keine Streitkräfte mehr haben, damit sie keinen neuen Angriffskrieg auslösen können. Allerdings trat Churchill für eine faire Behandlung des besiegten Feindes ein. Er empfahl nach dem Ablauf der Strafe für die Deutschen sich für einen „segensreichen Akt des Vergessens einzusetzen“.

"Wir alle müssen den Schrecknissen der Vergangenheit den Rücken kehren. Wir müssen in die Zukunft schauen. Wir können es uns nicht leisten, den Hass und die Rachegefühle, welche den Kränkungen der Vergangenheit entsprangen, durch die kommenden Jahre mitzuschleppen. Wenn Europa vor endlosem Elend und schließlich vor seinem Untergang bewahrt werden soll, dann muss es in der europäischen Völkerfamilie diesen Akt des Vertrauens und diesen Akt des Vergessens gegenüber den Verbrechen und Wahnsinnstaten der Vergangenheit geben.“⁶

Das neue Europa - nach Churchill – soll also für größere Großzügigkeit und Anstrengung eintreten, als es noch nach dem I Weltkrieg der Fall war. In der Rede

⁴ S. Fußnote Nr. 1.

⁵ Ibidem.

⁶ Ibidem.

wies Churchill ferner auf die Schritte hin, die gemacht werden müssen, um die „europäische Völkerfamilie wiederherzustellen“. Den ersten Schritt in diese Richtung sollte die Schaffung einer deutsch-französischen Partnerschaft bilden.

"Nur so kann Frankreich seine moralische und kulturelle Führerrolle in Europa wiedererlangen. Es gibt kein Wiederaufleben Europas ohne ein geistig großes Frankreich und ein geistig großes Deutschland."⁷

Über Polen, also ein Land, das während des Krieges den britischen Verbündeten im Kampf gegen Hitler enorm unterstützte, verlor Churchill jedoch kein Wort. Vielleicht nahm er an, dass sich Polen zusammen mit den anderen Staaten Ostmitteleuropas – wie er im März 1946 in Fulton deutlich machte – unwiederbringlich in der Einflusszone der UdSSR wiederfand, vom Westeuropa mit dem „Eisernen Vorhang“ getrennt wurde.

Die nächsten Jahrzehnte bestätigten die Prognose und/oder Vorstellungen Churchills über die Zukunft Europas. Die Integration wurde zum Teil realisiert, die Teilung des Kontinents erwies sich als dauerhaft. Die europäische Integration, die in den 1950er Jahren an Tempo zunahm, beschränkte sich allerdings auf Westeuropa und zu seinen Hauptmotoren wurden tatsächlich Frankreich und die Bundesrepublik Deutschland. Allmählich vergrößerte sich die Gemeinschaft. Anfang der 1970er Jahre wurde Großbritannien schließlich Mitglied. In diese Richtung sollte sich die Gemeinschaft weiterentwickeln: die Vertiefung innerhalb der Struktur führte zu einer Verstärkung der Magnetwirkung gegenüber anderen Staaten, die sich von den Diktaturen befreit hatten. In den 1980er Jahren wurden die Staaten Spanien und Portugal aufgenommen, die damals den Weg zur Demokratie begonnen haben. Ende der 1980er Jahre des 20. Jahrhunderts kam zusammen mit dem Zusammenbruch der UdSSR und der Schwächung Russlands, ihres Nachfolgestaates in Ostmitteleuropa, die Chance zur Aufhebung der Teilung des ganzen Kontinents auf. Solche Staaten, wie Polen, Ungarn, die Tschechoslowakei, Litauen orientierten ihre Politik nach Westen, indem mit großer Anstrengung begonnen wurde, die Marktwirtschaft und das demokratische System aufzubauen.

⁷ Ibidem.

Es war ein kostspieliger, für die Gesellschaft sehr schmerzhafter Prozess, aber er wurde von einem gesellschaftlichen Konsens getragen: die Integration mit dem Westen war ein Traum und politisches Ziel zugleich. Er sollte Sicherheit geben, aber auch die zivilisatorische Entwicklung beschleunigen.

Die Rückkehr nach Europa ermöglichte darüber hinaus andere Ziele zu verwirklichen, die mit den bilateralen Beziehungen zwischen den Staaten zusammenhingen. Im Falle Polens gehörte zu solchen Zielen die endgültige Regulierung der Beziehungen mit den beiden deutschen Staaten (bald mit dem vereinigten Deutschland), damit das Kapitel des Zweiten Weltkrieges ein für alle Mal abgeschlossen werden und die neuen, gutnachbarschaftlichen Beziehungen aufgebaut werden konnten.

Das Beispiel der deutsch-französischen Beziehungen hielt man für ein Modell und Argument zugleich, dass die Schaffung von freundschaftlichen Beziehungen möglich ist. Es darf nicht vergessen werden, dass die Ausgangssituation in den deutsch-polnischen Beziehungen 1989/90 nicht selbstverständlich war. Die Erinnerung an den 2. Weltkrieg warf auf die beiden Gesellschaften immer noch einen großen Schatten. Vielleicht war sie in der polnischen stärker zu spüren, weil das Gefühl der Bedrohung und bei einem Teil der Gesellschaft die Angst vor den Deutschen latent war. Im deutschen Fall war der Verlust der ehemaligen deutschen Ostgebiete, die Notwendigkeit zum Verlassen der „Heimat“, und die damit verbundenen personellen und materiellen Verluste in der gesellschaftlichen Stimmung lange Zeit präsent. Für Polen und die Polen spielte die Existenz des zweiten deutschen Staates, der DDR und die Anerkennung der westlichen deutsch-polnischen Nachkriegsgrenze durch sie, keine größere Rolle. Es war auf jeden Fall weniger wichtig als die Position der Bundesrepublik in dieser Frage. Die polnisch-(ost)deutsche Nachbarschaft, die vier Dekaden andauerte, hinterließ nicht viele positive Erinnerungen. Die alten Barrieren wurden nicht überwunden, es kamen neue Teilungen hinzu, das gegenseitige Misstrauen und Widerwille zeichneten die Beziehungen zwischen beiden sozialistischen "Bruderstaaten" aus. Die Anstrengungen einer Gruppe von Personen, die diese Situation verändern wollte, ist erwähnens- und lobenswert, aber es überrascht nicht, dass sie für die Aufhebung der tausendjährigen deutsch-

polnischen Feindschaft, wie dies die kommunistische Propaganda darstellte, keine große Bedeutung hatten.

Selbstverständlich wurde auch vor 1989 dafür gearbeitet, Bedingungen für eine deutsch-polnische Annäherung zu schaffen. Hier spielten sowohl die Politik, aber auch die Gesellschaften eine wichtige Rolle. Großen Beitrag dazu leistete die Entspannung in den 70er Jahren des 20. Jahrhunderts zwischen Moskau und Washington, die sich auf die Situation in Europa direkt auswirkte. Die kleineren Staaten bekamen die Möglichkeit, selbständiger zu agieren. 1972 wurden die Beziehungen zwischen der Bundesrepublik und der Volksrepublik Polen aufgenommen. Sie hatten große Bedeutung auf mehreren Feldern. Ein wichtiges Element für die neuen Beziehungen war die Gründung unterschiedlicher Initiativen, wie die der Partnerstädte, oder die der deutsch-polnischen Gesellschaften. Es sind die ersten Studien- und Gedenkstättenfahrten nach Polen für die (West-)Berliner Lehrer in der zweiten Hälfte der 70er Jahre organisiert wurden.

Infolge des Normalisierungsvertrages kam es zur Gründung der gemeinsamen deutsch-polnischen Schulbuchkommission. Der dort geführte kollegiale Dialog zwischen den Historikern und Geographen über die schwierigen Kapitel der deutsch-polnischen Geschichte war beispiellos, bald wurden die Schulbuchempfehlungen ausgearbeitet, die die erste bundesweite Diskussion über die deutsch-polnischen Beziehungen auslösten. Die kommunistischen Machthaber haben versucht, diese Annäherungsversuche zu reglementieren. Allerdings haben die zwischenmenschlichen Kontakte ihre eigenen Dynamiken entwickelt und entzogen sich der totalen Kontrolle des Staates. Der Raum für die autonomen gesellschaftlichen Interaktionen wurde mit der Zeit größer, die ersten Erfahrungen sammelten die zukünftigen Leaders durch bilaterale Kontakte. Die Gründung der Solidarnosc wurde in beiden deutschen Staaten mit großem Interesse begrüßt und verfolgt, obschon die Reaktionen unterschiedlich ausfielen.

An dieser Stelle müssen die wenigen, aber sehr wichtigen Initiativen in Polen und den beiden deutschen Staaten erwähnt werden, die sich die Versöhnung zum Ziel gesetzt haben, wie z.B. der Brief der polnischen Bischöfe an ihre deutschen

Amtsbrüder aus dem Jahre 1965, die Arbeit der Aktion Sühnezeichen in Polen und die des sogen. Polenseminars von Günter Särchen aus Magdeburg, sowie der Kniefall von W. Brandt in Warschau im Dezember 1970. Eine wichtige Rolle bei der Überwindung der gemeinsamen Vorurteile spielte die sogen. Paketaktion, eine spontane millionenfache Hilfe der Bundesbürger für Polen Ende der 70er und Anfang der 80er Jahre. An einer ähnlichen Aktion – obschon unter ganz anderen Bedingungen - haben die DDR-Bürger teilgenommen. Ihr Verlauf zeigte die hemmende Rolle der Ideologie im Bau der guten Beziehungen zwischen den Nachbarn sehr deutlich.

Erst die tiefe, vielschichtige Krise im Ostblock, die mit dem Fall der kommunistischen Regime und der UdSSR selbst endete, schuf neue Bedingungen für die deutsch-polnischen Beziehungen. Viele Probleme trennten die Polen und die Deutschen und die desolante Lage der Wirtschaft in Polen drohte für die junge polnische Demokratie in eine Dauerkrise zu münden. Euphorie und Freude waren in Polen 1989 nur die eine Seite der der Gefühle. Es herrschte auch Mangel, Müdigkeit und Angst vor dem Morgen, vor unterschiedlichen Gefahren.

Den Stand der deutsch-polnischen Beziehungen in dieser Zeit drückte der bekannte deutsche Karikaturist, Walter Hanel, sehr treffend aus. Er illustrierte sie mithilfe von zwei Brücken, einer deutsch-französischen und deutsch-polnischen. Der Verkehr auf der erstgenannten Brücke verlief reibungslos. Auf der zweitgenannten Brücke standen zwei Politiker gegenüber, auf der einen Seite der polnische Premierminister Tadeusz Mazowiecki, auf der anderen Seite der deutsche Bundeskanzler, Helmut Kohl. Sie wollten sich die Hände reichen, das große Loch mitten in der Brücke machte diese Geste unmöglich. Um dieses Loch zu überwinden, bedienten sich die beiden Politiker in der Karikatur einer Handprothese um dann auf diese Weise doch in Berührung zu kommen.

Die Unterzeichnung des Grenzvertrages führte zur allmählichen Beseitigung der antideutschen Stimmung in Polen. Die Annahme des ganzen Vertragswerkes übte auf die Beziehungen in den nächsten 25 Jahren großen Einfluss aus. Es gab eine solide Grundlage für die Zusammenarbeit. Polen und Deutschland verband nach

1989 eine „deutsch-polnische Interessengemeinschaft“. Die Polen haben Deutschland bei der Wiedervereinigung unterstützt, die Deutschen die Polen beim EU- und NATO-Beitritt. Ein wichtiger Schritt in den deutsch-polnischen Beziehungen war der Abschluss des Versöhnungsprozesses an den sich eine Blütezeit von vielseitigen Initiativen anschloss. Es wurde in der Tat sehr viel erreicht, die Schwächen bzw. kleine Mängel in den Beziehungen zwischen Warschau und Berlin wurden stillschweigend akzeptiert. Aus der heutigen Perspektive muss gesagt werden, dass diese Art der Politik zu optimistisch war. Manchmal hätte Kritik nicht geschadet und vielleicht rechtzeitig zu größeren Anstrengungen anregt (z.B. hinsichtlich der Ausarbeitung des „100-Punkte Programms 2011“ und seiner mangelnden Umsetzung).⁸

Die Skizzierung der Ausgangssituation für Nachkriegseuropa und für die deutsch-polnischen Beziehungen nach 1989/90, die hier nur cursorisch stattfinden konnte, war notwendig, um vor diesem Hintergrund die heutigen Probleme, mit denen wir es zu tun haben, besser zu verstehen und beurteilen zu können. Manchmal hat man den Eindruck, dass diese – öfters sehr schmerzhaften Erfahrungen Europas im 20. Jahrhundert – zu schnell in Vergessenheit geraten sind. Es reichte anscheinend schon aus, dass der Großteil der Zeitzeugen die Lebensbühne verließ. Es scheint, dass es die vielen Museen, Gedenkstätten, Literatur und Film, schließlich Wissenschaft und Publizistik noch nicht geschafft haben, über die Niederlagen Europas, seine Vernichtungskriege, Mord an Millionen von Europäern, Leben am Rande und unter den Diktaturen überzeugend und mahnend, wie das die Zeitzeugen getan haben, zu erzählen. Wie kann man auf der anderen Seite sonst erklären, dass heute viele Europäer alte Rezepte aus der Mottenkiste kramen, die aus längst durch die Geschichte kompromittierten Ratgebern stammen und sich davon aufs neue beeindrucken lassen?

An die Rede des britischen Politikers vor 70 Jahren knüpfte vor wenigen Wochen der deutsche Außenminister, Frank-Walter Steinmeier an und veröffentlichte ein programmatisches Essay unter dem Titel: „Europa ist die Lösung. Churchills

⁸ Vgl. Agnieszka Łada, s. Fußnote Nr. 2.

Vermächtnis“.⁹ Steinmeier reiht sich damit in die Reihe von seinen Vorgängern, die ähnliche Grundsatztexte veröffentlicht haben, ein. In diesem Zusammenhang sollte auch an die Europa-Rede von Joschka Fischer an der Humboldt-Universität am 12. Mai 2000 erinnert werden.¹⁰

Der deutsche Außenminister schlug vor die Rede Churchills neu zu lesen und auf die Unterschiede von damals und heute hinzuweisen. Seiner Meinung nach befand sich Europa sowohl 1946 als auch jetzt am Scheideweg. Viele Europäer schauten damals und heute mit Furcht in die Zukunft des Alten Kontinents. Allerdings gab es einen Unterschied. Churchill schuf seine Vision auf den Trümmern des zerstörten und verbluteten Europas. Er sprach kurz nach dem Krieg, der in Europa begonnen und sich dann auf die anderen Teile der Welt ausgebreitet hatte. Heute ist Europa vereinigt, friedlich, erfreut sich eines hohen Lebensstandards und der bürgerlichen Freiheiten. Trotzdem sind an diesem schönen Haus Risse zu sehen, der Gemeinschaft drohen Teilung bzw. Zusammenbruch, oder aber zumindest ihre Schwächung.

Die geopolitische Lage Europas hat sich verändert. Den Lebensalltag machen – nach Meinung des Außenministers – die Globalisierung, Vernetzung und Entgrenzung aus. Die Krisen in der Welt, vor allen Dingen in Europas nächster Nachbarschaft, z.B. im Mittleren Osten, beeinflussen seine Belange auf direkte Art und Weise, ihre Folgen spüren wir fast jeden Tag. Wir haben mit einer Flüchtlingswelle derer zu tun, die in Europa Zuflucht vor Krieg, Gewalt und Armut suchen. Sie klopfen an unsere Tür und testen unser Gewissen und unsere gemeinsamen Werte. Sie stellen unsere Fähigkeiten zur Zusammenarbeit, Solidarität und Organisationstalent auf die Probe.

Europa wird heute von unterschiedlichen Krisen erschüttert, deren Gründe z.T. innereuropäischen Charakter haben und aus den Situationen in den einzelnen

⁹ Vgl. Frank Walter Steinmeier: Europa ist die Lösung. Churchills Vermächtnis, Ecowin Verlag, 2016 (e-Book Ausgabe).

¹⁰ Vgl. Vom Staatenverbund zur Föderation – Gedanken über die Finalität der europäischen Integration. "Humboldt-Rede", 12. Mai 2000, in: <http://www.europa.clio-online.de/quelle/id/artikel-3231> (letzter Zugriff: 10.11.2016).

Mitgliedstaaten resultieren Immer mehr Europäer bezweifeln die Aktualität der Einigungsidee, sogar ihre Nützlichkeit. Sie sind enttäuscht vor allem von ihren Führungseliten und Brüssel wird als idealer Sündenbock gesehen. Die Antwort der Befürworter Europas sollte nicht das Ignorieren von Problemen sein. Man muss annehmen, dass die antieuropäischen Stimmungen eines Teils der Gesellschaft eine Diskussion erfordern, die man nicht bagatellisieren darf. Die Politiker müssen sich daran gewöhnen, dass das vereinigte Europa nicht selbstverständlich ist, und die Debatte über ein solches Thema das Recht der Bürger ist. Ihre Aufgabe besteht darin, nach Lösungen zu suchen.

Viele überzeugt das Wortduo, das in Zeiten Churchills selbstverständlich war, „Krieg“ und „Frieden“ nicht mehr. Die Bedingung für die Verwirklichung des Friedens auf dem Alten Kontinent war eine Angelegenheit der Verständigung zwischen den Staaten, auch mit den früheren Feinden. Die Grundlage der neuen Ordnung sollten die Bürger- und Menschenrechte sein, deren Achtung Europa vor den Fehlern der Vergangenheit, aber auch vor den zukünftigen Gefahren, schützen sollte. Ein wichtiges Problem ist heute das Fehlen eines finalen Ziels der Integration. Es gibt keine Sicherheit und kein Einverständnis, was Europa werden soll, soll es ein Bundesstaat, oder ein Staatenbündnis sein. Dieses Dilemma sah Churchill vor 70 Jahren. Die Diskussion darüber wurde später gemieden, weil es zu große Meinungsunterschiede gegeben hat. Man konzentrierte sich auf die nachfolgenden Etappen des Integrationsprozesses.

Europa heute ist – nach Meinung des deutschen Außenministers – eine Geisel seines großen Erfolgs. Während des Kalten Krieges, aber auch nach seinem Ende, war Europa ein starker Magnet, der andere Staaten anzog. Es arbeitete Normen aus, die attraktiv wurden und die man anwende wollte; gut funktionierende Marktwirtschaft, freier Waren, Personen und Dienstleistungsverkehr, Parlamentsdemokratien, Achtung der Menschenrechte. Die Situation komplizierte sich nach dem EU-Beitritt der Staaten Ostmitteleuropas. Dies geschah allerdings ohne vorhergehende Reformen der europäischen Institutionen. Deren fehlen erwies sich im Laufe der Jahre als schwerwiegend, die Vertiefung der Integration des

Kontinents stieß auf mehrere Probleme. Ein Teil von ihnen resultierte dabei aus der Verschiedenartigkeit der Staaten, die erst im 21. Jahrhundert aufgenommen wurden. "Es sind Gesellschaften hinzugetreten, die andere Erfahrungen, Erwartungen und Hoffnungen an Europa mit in die Gemeinschaft eingebracht haben. Natürlich macht das Diskussionen über den weiteren Weg, den wir miteinander gehen wollen, schwieriger – das haben wir an den ersten Reaktionen auf den Brexit schon gespürt. Unterschiede, siehe die zuletzt aktuellen Kontroversen zwischen der Europäischen Kommission und Polen oder Ungarn, beim Grundverständnis dessen, was eine liberale, rechtsstaatlich gehegte Demokratie ausmacht, sind mehr als Haarrisse. Auch treten im Umgang mit Russland Dissonanzen zutage, die sich nicht über Nacht beseitigen lassen, gründen sie doch in unterschiedlichen, tief in die Nationalgedächtnisse eingesenkten historischen Erfahrungen."¹¹

Eine grundsätzliche Übereinstimmung seit den Gründungstagen der EU war die Entfernung von Ursachen der früheren Katastrophen, um in die Zukunft schauen zu können. Für die Länder Ostmitteleuropas sieht die Sache ganz anders aus, weil ihre Erfahrung unter dem Zeichen der sowjetischen Diktatur mit ihren brutalen Methoden der Machtausübung und Hegemonie steht, die vor fast 30 Jahren beendet wurde. Aus diesem Grund sollte es nicht verwundern, dass diese Staaten eine ganz andere Sicht auf das heutige Russland als die westlichen Demokratien haben, die zur Zeit des Kalten Krieges gelernt haben mit der UdSSR einen modus operandi infolge der Entspannungspolitik zu finden.

Es ist betonenswert, dass auch die inneren Probleme dieser Staaten, die mit den gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Folgen der Transformation zusammenhängen, auf die Einstellung gegenüber der europäischen Integration eine wichtige Rolle spielen. In Polen sehen wir das in den manchmal konträren bzw. sich ausschließenden Beurteilungen der Leistungen der 3. Republik, wie sie von unterschiedlichen politischen Kräften formuliert werden.

Im Essay Steinmeiers fielen von Seiten eines prominenten deutschen Politikers zum ersten Mal so negative Worte über die Länder Ostmitteleuropas, darunter auch

¹¹ Vgl. Fußnote Nr. 9.

Polen. Bisher haben die deutschen Politiker die Frontalkritik gemieden. Es scheint, dass Steinmeier dieses Schweigen gebrochen hat. Es ist nur bedauerndswert, dass Polen in Europa auf dieselben Höhe mit Ungarn gestellt wird, dass es als Bremse der europäischen Zusammenarbeit, und schließlich als Teil einer Gruppe von Ländern gesehen wird, die noch lernen müssen, wie Europa funktioniert, damit es selbst zum vollwertigen Mitglied wird. Anlässlich des zehnten Jahrestages des EU-Beitritts Polens waren auch andere Urteile zu hören. Denn andererseits wies der deutsche Politiker auf die unterschiedlichen historischen Erfahrungen dieses Teils Europas hin, der die Westeuropäer mehr Beachtung schenken sollten.

Eine besondere Rolle spielen – nach Meinung Steinmeiers – die Deutschen. Im Zusammenhang mit den Erfahrungen aus der Vergangenheit (2. Weltkrieg und die Nachkriegsteilung) haben die Deutschen eine besondere Verantwortung in der Vermittlung innerhalb der EU im Prozess der Ausarbeitung einer gemeinsamen Position mit Russland. Ihre Aufgabe ist es sich um Verständigung zwischen dem Osten und den Westen zu bemühen. Die Deutschen befinden sich in einer schwierigen Lage. Die einen werfen ihnen eine allzu hegemoniale Position vor, die anderen – wie z. B. der ehemalige polnische Außenminister, Radoslaw Sikorski – fordern die Übernahme der Führungsrolle, bzw. mehr entschiedene Schritte in der Führung.

"Wenn wir von einer Sache überzeugt sind" – präzisierte Steinmeier –, sollten wir für unseren Standpunkt, für unseren politischen Kurs nach Kräften und durchaus leidenschaftlich werben, nicht aber den notorischen Besserwisser – nicht den *praeceptor germaniae* – geben oder unsere Partner und Freunde mit überrollenden Alleingängen vor vollendete Tatsachen stellen."¹²

Deutschland steht heute vor großen Herausforderungen. Eine passive Rolle Deutschlands, sogar wenn ihm die hegemoniale Dominanz vorgeworfen wird, ist nicht wünschenswert. Das heutige Deutschland und Europa können nicht am Rande der Ereignisse stehen. Man muss – nach Meinung des Ministers – eine Antwort finden, ob es Deutschland und seinen engsten Partnern gelingt eine politische Mitte zu schaffen, von der aus ein gemeinsames, starkes Europa wirken kann. Steinmeier

¹² Ibidem.

definierte den Platz Deutschlands im heutigen Europa als „Reflective Power“, wobei er das Adjektiv „reflective“ als "wachses Bewusstsein der fortdauernden Eigenheiten der deutschen Rolle" erläuterte. Deutschland ist bereit größere Verantwortung außerhalb der Grenzen Europas, auch in der globalen Politik zu übernehmen. Deutschland muss reagieren in Europa und der Welt, in dem es eigene historische Erfahrungen und die seiner Partner berücksichtigt. Eine neue Vision für Europa kommt für den deutschen Außenminister nicht in Frage, er steht einer solchen Forderung sehr skeptisch gegenüber. Seine Haltung ist Donald Tusk, dem Vorsitzenden des Europäischen Rates und der des ehemaligen polnischen Premierministers ähnlich. Man sollte zu konkreten Handlungen übergehen und auf diese Weise die Unterstützung der Europäer für die Einigungsidee wiedergewinnen. "Die Menschen wollen nicht hören, sondern sie wollen in der Realität sehen, dass Europa die Lösung ihrer Probleme ist. (...) Auch heute sollten die konkreten Probleme im Vordergrund stehen: Die Welt ist unsicherer geworden, die Sehnsucht nach Schutz und Sicherheit umso größer. Europa muss zeigen, dass es vereint sicherer ist."¹³

Steinmeier betonte, dass es notwendig ist gut funktionierende Instrumente bei der Realisierung der gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik zu schaffen. Die Migrationskrise erfordert neue Handlungen. Das betrifft auch die Wirtschaftskrise, die nicht alle europäischen Volkswirtschaften überwunden haben. Aus der polnischen Perspektive ist noch ein anderer Punkt in diesem Text wichtig. Nach Meinung Steinmeier gibt es von der Tatsache eines Europas der zwei Geschwindigkeiten kein zurück. Europa sollte demnach mehr flexibel sein. Jedes Land hat so die Möglichkeit zum passenden Moment diesen Ländern beizutreten, die auf dem europäischen Pfad einige Schritte voraus sind. Noch vor kurzem war Warschau der Meinung, dass dieses Programm für Polen ungünstig ist. Es hatte Angst vor der Peripherisierung trotz seines Bevölkerungs- und Wirtschaftspotenzials sowie der aktiven Rolle auf dem Forum der Gemeinschaft. Was denkt die jetzige Regierung darüber? Es ist doch eine grundsätzliche Frage. Wo soll man die Antwort suchen? Vielleicht geben die Äußerungen der Premierministerin und/oder ihrer Minister eine Antwort?

¹³ Ibidem.

Im Oktober 2016 wurde in einer renommierten polnischen Zeitschrift „Polski Przegląd Dyplomatyczny“ eine interessante Debatte unter dem Titel: „Welches Europa braucht Polen?“ veröffentlicht.¹⁴ An dieser Debatte nahmen Personen teil, die unterschiedliche Institutionen, Meinungen vertraten.¹⁵ Auf zwei Diskussionsbeiträge möchte ich dabei besonders aufmerksam machen. Den ersten lieferte der Staatssekretär im Außenministerium, zuständig für Europa-Fragen, Konrad Szymanski, den zweiten der Politiker der Bürgerplattform, seit 2004 EP-Abgeordneter, der erste Minister für Europa-Fragen, Dr. Jacek Saryusz-Wolski. Szymanski wies auf mehrere Probleme hin. Seiner Meinung nach sind die Polen nach wie vor an einer Mitgliedschaft in der EU interessiert - das bestätigten übrigens auch alle Ergebnisse der Meinungsforschung. Szymanski sieht aber viele Probleme, die schnelle Reformen erfordern. Um das Funktionieren der EU zu verbessern, müssen die Beziehungen zwischen den Institutionen und Mitgliedstaaten verbessert werden. Er propagiert dabei die Stärkung der nationalen Parlamente. Drei Fragen müssen seiner Meinung nach besonders behandelt werden. Es sind dies die Migrationsfrage, die Gewährleistung der Sicherheit und die des Wirtschaftswachstums. In der Migrationsfrage vertritt er die Meinung, dass ein Kompromiss möglich ist. Man muss die Entwicklungshilfe, Investitions- und humanitäre Politik gegenüber den Staaten auf den Weg bringen, aus denen die Migranten stammen. Schließlich müssen die Kontrollen an den Außengrenzen der EU verstärkt werden. Dies wäre seiner Meinung nach die Bestätigung der europäischen Einheit und Solidarität. Auf der anderen Seite könnten diese Maßnahmen den Zuzug der illegalen Migranten bremsen. Er betonte, dass Warschau mit der zentralen Steuerung bei der Zuteilung der Migranten nicht einverstanden ist. Der Minister versicherte, dass Polen an der Verbesserung der inneren und äußeren Sicherheitspolitik, der Verstärkung der Verteidigungsfähigkeit, aktiv teilnehmen wird. Er wies darauf hin, dass die westlichen Staaten Vorbehalte gegenüber einem Teil der sogen. Vertragsfreiheiten haben. Seiner Meinung nach kann man die EU-Reformen nicht ohne die Veränderung der Traktate durchführen, die Diskussion darüber sollte

¹⁴ Vgl. "Polski Przegląd Dyplomatyczny", 1 (67) 2016, S. 22-55.

¹⁵ An der Debatte nahmen teil: Michael Roth, Staatsminister für Europa im Auswärtigen Amt; Konrad Szymański, EP-Abgeordneter; Jacek Saryusz-Wolski, der erste Minister für Europa-Angelegenheiten in Polen, Leszek Jesień, eh. Staatssekretär im Kabinett des Ministerpräsidenten; Ewa Ośniecka-Tamecka, Vizerektorin des Europakollegs in Natolin; Marek Cichocki, eh. europapolitischer Berater von Präsident Lech Kaczyński.

also nicht gemieden werden. Der polnische Minister forderte in dieser Sache das Recht Kritik auszuüben.

Auf der Grundlage dieses Beitrags wird es schwer sein eine konsensuale Lösung zu finden, vielmehr ist zu erwarten, dass sich die Haltungen der einzelnen Regierung gegenüber den europäischen Gremien verstärken. Wie soll hier eine gemeinsamen Position hergestellt und die Überwindung von solch tiefgehenden Differenzen, wie sie zwischen den Staaten existieren, gelingen?

Eine andere Position vertrat Jacek Sariusz-Wolski. Für ihn drückten sich die Beziehungen zwischen EU und Warschau in drei Bereichen aus: politischen, wirtschaftlichen und zivilisatorischen. Nach 12 Jahren ist es gelungen, viele Rückstände aufzuholen. Er forderte zur Rückkehr zu den Grundlagen der europäischen Einigung auf:

„Trotz der Stimmen, die zur institutionellen Revolution aufrufen, nach dem historischen Modell des Europa der Vaterländer, oder des Projektes eines Superstaates, eine Schlüsselrolle hat die Konsolidation und die Rückkehr zu den Werten, die die Grundlage der Nachkriegsintegration bildeten, wie Einheit, Solidarität, Subsidiarität und Offenheit“.¹⁶

Am Ende seiner Ausführungen stelle er fest, dass Polen ein vereintes, solidarisches und offenes Europa braucht.

„Und vor allem brauchen wir Europa, das existiert und weiterlebt in Frieden“.¹⁷ Er erinnerte an eine grundsätzliche Frage: an den Frieden und die Sicherheit in Europa. Die heutigen Befürworter der Stärkung der nationalen Staaten haben womöglich vorschnell vergessen, zu welchen Folgen die politischen Spannungen führen können. Europa ist dabei ein trauriges Beispiel.

Diese zwei Wortbeiträge zeigen, dass die europäische Debatte in Polen weiter andauert und unterschiedliche Positionen möglich sind. Die Anwesenheit Polens in

¹⁶ Ibidem, S. 30.

¹⁷ Ibidem, S. 33.

der EU erforderte konkrete Aufgaben, die es sowohl vor dem Beitritt als auch später als Mitglied zu erfüllen hatte. Auf der anderen Seite wurden dadurch breit angelegte politische und wirtschaftliche Reformen ermöglicht. Und schließlich bekam Polen den Zutritt zum großen EU-Markt. Polen bewegt sich auf diesem Parkett nicht schlecht, obschon es einen hohen Preis zahlt (die Emigration der jungen Polen). Es fällt in dem Diskussionsbeitrag von Szymanski auf, dass er die Rolle der konkreten Partner in der EU nicht präzisiert. Der Austritt Großbritanniens aus der EU hat Warschau vor ein schwieriges Dilemma gestellt: wer soll Deutschland oder Frankreich in der Rolle des wichtigsten Partners Warschaus ersetzen? Kommt nur Ungarn in Frage? Allerdings ist zu beobachten, dass die jetzige Regierung dem Streit mit der EU über die Situation in Polen mehr Aufmerksamkeit widmet, als der Formulierung eines Vorschlages für die Reformen in der EU.

Zweifelsohne erfordert die polnische Europa-Politik eine Debatte in Polen und im europäischen Rahmen. Die Spannungen innerhalb Polens haben zur Folge, dass es im Moment schwierig ist, darüber ernsthafte Diskussionen zu führen. Die Veränderungen, die nach 2015 zustande gekommen sind, können tatsächlich beunruhigen und begründete Fragen nach der Realisierung der sogenannten Kopenhager Kriterien durch Polen auslösen. Sicherlich spornt die Krisensituation im heutigen Europa die polnischen Konservativen zur Veränderung der bisherigen Prioritäten in der polnischen EU-Politik an. Es ist ein Problem, das in Polen gesehen wird, aber die eigentliche Diskussion steht noch aus. Die Veränderung in den Prioritäten der Außenpolitik, deren Teil die Europapolitik ist, wirkt sich zweifelsohne auf die Qualität der deutsch-polnischen Beziehungen aus.

Die Auflistung der aktuellen Probleme, vor denen Polen und Deutschland [heute](#) stehen, würde den Rahmen meines Textes sprengen. Abgesehen von den kurzfristigen Bilanzen, die negativ ausfallen, müssen wir den weiteren Gang der Ereignisse abwarten. Erst in der längeren Perspektive wird es uns möglich sein den Charakter dieser Beziehungen zu beurteilen.

Die deutsch-polnischen Beziehungen bleiben nach wie vor eine Herausforderung nicht nur für Regierungen, sondern auch für beide Gesellschaften. Es ist wichtig, sich dem zu stellen und nach Möglichkeit fortzusetzen, was bereits an gutem auf den Weg gebracht wurde - sogar wenn die politischen Bedingungen nicht stimmen.

Schließlich können wir und Europa auf eine Zeit des Friedens, der Zusammenarbeit und des Erfolgs zurückblicken, die – wenn wir die wechselhafte europäische Geschichte des vorigen Jahrhunderts berücksichtigen – schätzen sollten. Ganz gleich wieviele kritische gegenseitige Äußerungen wir formulieren.